politik IN KÜRZE

Brzezinski bei Deng

Der frühere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski ist vom stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Deng Xiaoping empfangen worden. Deng gilt als der „starke Mann" Chinas. Bei den Gesprächen zwischen Brzezinski und Deng ging es um die amerikanisch-chinesischen Beziehungen. (dpa)

Neuer Generalstabschef

Italiens Streitkräfte haben einen neuen Generalstabschef. Es handelt sich um den 61 Jahre alten General Vittorio Santini. Auch das italienische Heer, die paramilitärische Gendarmerie (Carabinieri), die Finanzpolizei (Finanzieri) und die Marine erhielten neue Chefs. Die personellen Veränderungen stehen im Zusammenhang mit dem Skandal um die geheime Freimaurerloge „Propaganda 2". Viele hohe Offiziere waren in diesen Skandal verwickelt. (dpa)

„Phantom"-Pilot abgestürzt

Beim Absturz eines Kampfflugzeugs vom Typ F-4 „Phantom II" in Labrador (Kanada) sind am Wochenende der deutsche Pilot und sein Navigator ums Leben gekommen. Das Unglück ereignete sich nahe einer kanadischen Militärbasis an der Goose Bay. (dpa)

Kundgebung verhindert

Die spanische Polizei hat am Wochenende eine Kundgebung von etwa 3000 spanischen Rechtsradikalen verhindert. Trotz eines Verbots wollten die „Ultras" in der berühmten Stierkampfarena von El Escorial bei Madrid den Ausbruch des Bürgerkriegs vor 45 Jahren feiern. (dpa)

Libysche Waffen?

Die italienische Polizei hat den 34 Jahre alten Physiker Jacopo Andrea Morelli verhaftet. Er steht im Verdacht, die Untergrundorganisation „Primer Linea" und andere Terroristenbanden mit Waffen aus Libyen beliefert zu haben. (ap)

Auszeichnung für Springer

Weil er „unendlich viel für die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen getan" habe, wird der Verleger Axel Springer mit dem „David"-Preis ausgezeichnet, der vom „Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz" gestiftet worden ist. Weitere Preisträger sind Simon Wiesenthal und Rabbiner Mordechai Piron (Zürich). (e. b.)

Nur 39 Stunden arbeiten

Als erste Stufe der 35-Stunden-Woche wird in Frankreich voraussichtlich zu Beginn 1982 die gesetzliche Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden verringert werden. In einem Rahmenabkommen, auf das sich der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften einigten, ist außerdem ein fünfwöchiger Jahresurlaub vorgesehen. (dpa)

Mehr Export für Öl

Der deutsche Botschafter in Saudi-Arabien, Albrecht Vestring, hat sich für eine Steigerung deutscher Warenlieferungen in die erdölexportierenden Länder ausgesprochen. Dies sei erforderlich, um das Handelsbilanzdefizit auszugleichen, sagte der Botschafter in einem Rundfunkinterview. Auf die Frage, ob eine Ablehnung der saudischen Wünsche nach Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik Folgen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit haben werde, antwortete Vestring ausweichend. (dpa)

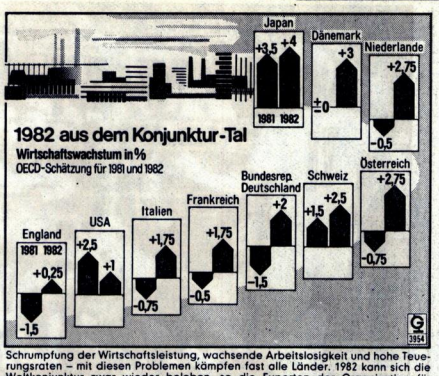
Carstens wieder in Bonn

Bundespräsident Karl Carstens hat gestern einen zwölftägigen Ostsee-Segelurlaub beendet. Auf Fehmarn wurde Carstens von Verwandten und Freunden nach seiner Rückkehr aus schwedischen und dänischen Gewässern begrüßt. Das Staatsoberhaupt, sichtlich gut erholt, reiste abends nach Bonn zurück. (dpa)

Hamburger Abendblatt

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Geschäftsstellen: 2000 Hamburg 36, Dammtorstr. 1 (beim Gänsemarkt), 2000 Hamburg 1, Mönckebergstr. 3, 2050 Bergedorf, Hamburg 80, Bergedorfer Str. 154, 2000 Norderstedt, Berliner Allee 38-44, u. 2870 Ahrensburg, Rathausplatz. Telegr.: Abendblatt. Fernschreib-Nr. 0 217 001 101, für Anzeigen 0 217 001 666. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. (030) 25 91 24 75. Bonner Redaktion: Heinrich-Brüning-Straße 14, Telefon (0228) 21 58 81 u. 21 58 26. Frankfurter Redaktion: Westendstraße 8. Telefon (0611) 72 58 65. Verlag und Druck: Axel Springer Verlag AG. Erscheint 6mal wöchentlich werktags, einmal monatlich mit Preisrät-Journal. Inlandpreise: Frei Haus monatlich 13,10 DM (einschließlich 0,80 DM Mehrwertsteuer). Selbstabholung 11,10 DM (einschließlich 0,68 DM Mehrwertsteuer). Postbezug 14,30 DM (einschließlich 0,87 DM Mehrwertsteuer). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefertermins zahlbar. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Gesamtausgabe: Anzeigenpreisliste Nr. 35. „Journal": Anzeigenpreisliste Nr. 4. Wirtschaftsraumkombination: Anzeigenpreisliste Nr. 6. – Postscheckkonto: Vertrieb und Abonnement: Hamburg 32 64-204. Anzeigen: Hamburg 142 00-204.

Telefon 34 71



Schrumpfung der Wirtschaftsleistung, wachsende Arbeitslosigkeit und hohe Teuerungsraten – mit diesen Problemen kämpfen fast alle Länder. 1982 kann sich die Weltkonjunktur zwar wieder beleben, so die Experten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD), aber die Regierungen müssen die Grundlage dafür legen

Der 7. Wirtschaftsgipfel in Ottawa:

Reagan und Mitterrand haben den Schlüssel zum Erfolg in der Hand

Von **Dietrich Schulz**

sad **Ottawa, 20. Juli**

„Wenn Ronald Reagan und François Mitterrand miteinander auskommen, dann geht alles gut." So äußerte sich ein hoher kanadischer Beamter über die Erfolgsaussichten des Wirtschaftsgipfels in Ottawa. Tatsächlich herrscht bei dieser 7. Gipfelbegegnung Übereinstimmung darüber, daß die beiden Staatsmänner den Schlüssel für den Erfolg der Begegnung in den Händen halten.

Die anderen Regierungschefs aus Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und aus der Bundesrepublik sowie der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft werden diesmal eher nur eine Beobachterrolle zu spielen haben. Erfolg oder Mißerfolg der Gipfelbegegnungen hingen schon immer davon ab, wie die Großen der westlichen Welt miteinander auskommen. Diesmal stellt sich das Problem in verschärfter Weise, denn die sieben Regierungschefs sind längst nicht so miteinander vertraut, wie das bei früheren Gelegenheiten ähnlicher Art der Fall war.

Premierminister Pierre Trudeau, der kanadische Gastgeber, will denn auch die Möglichkeit von „Zusammenstößen" nicht ausschließen. Allerdings bezweifelte er gestern abend vor dem Beginn des Wirtschaftsgipfels, daß sich solche Zusammenstöße vor aller Augen abspielen würden – ein diskreter Hinweis darauf, daß man auch diesmal ein Kommuniqué zustande bringen will, daß sehr viel Einigkeit vorspiegeln und alle Uneinigkeit verschweigen wird.

Dabei haben die Amerikaner viele Fragen an die Europäer: Wie haltet ihr es mit dem Osthandel? Wie steht es mit dem Erdgasgeschäft? Und was bringt der Technologie-Transfer dem Ostblock? Andererseits werden die Europäer die Reagan-Administration wegen ihrer Hochzins-Politik angreifen. Sprecher wird dabei vor allen François Mitterrand sein, der den Mißmut der anderen über den Kurs Washingtons zum Ausdruck bringen soll.

Als wichtigstes Ziel wurde am Vorabend der Konferenz eine bessere Abstimmung der internationalen Wirtschaftspolitik angesehen. Mit konkreten Abmachungen ist nicht zu rechnen. Von deutscher Seite wurde betont, der Verlauf des Gipfels sei ein Gradmesser für die Vertrauensbildung untereinander. Die Bundesregierung beobachte mit Sorge die zunehmende Neigung der Staaten, die eigenen Probleme zu Lasten der anderen zu lösen.

Finanziert Gaddafi Englands Randalierer?

Eigener Bericht – SAD

London, 20. Juli

Wenigstens 25 linksextremistische Gruppen arbeiten am Sturz der Demokratie in Großbritannien. Das behauptet die britische Konservative Partei in einem Forschungsbericht, der heute veröffentlicht werden soll. Fünf Jahre lang hat Peter Shipley im Auftrage seiner Partei Unruhen in Großbritannien untersucht. Er meint: „Es handelt sich um ein verzweigtes Netz von Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Die militantesten unter ihnen bereiten sich auf Straßenkonfrontationen mit der Staatsmacht vor."

In der Forschungsarbeit werden auch die jüngsten schweren Jugendkrawalle in einen Zusammenhang mit diesen Gruppen gestellt. Die britische Zeitung „News of the World" schrieb am Wochenende:

„Drei Terrorgruppen bieten militanten Farbigen ihre Hilfe bei einer bewaffneten Erhebung in Großbritannien an." Im einzelnen nannte die Zeitung den libyschen Staatspräsidenten Gaddafi, die amerikanische „Black-Panther"-Bewegung und die nordirische Terroristenorganisation IRA als Helfer der britischen Unruhestifter.

Die Zeitung berichtet, ein führender Vertreter der „Black Panthers" und zwei prominente IRA-Mitglieder hätten in den letzten Tagen Kontakt zu Führern britischer Farbigen-Gruppen aufgenommen. Oberst Gaddafi habe den Randalierern angeblich Geld, Waffen und Ausbildung angeboten.

Nach Auffassung der Konservativen Partei sind in Großbritannien etwa 100 000 Bürger Mitglieder in linksradikalen Organisationen.

Die Nacht des Terrors: Es begann mit einem verbotenen Marsch

Mit dem Bild von Kieran Doherty, einem der Hungerstreikenden, demonstrieren IRA-Anhänger in Dublin ...

Schwerster Ausbruch der Gewalt in Irland seit 1972

Eigener Bericht – dpa – SAD – ap

Dublin, 20. Juli

Mit Bein- und Kieferbrüchen mußten am Wochenende viele irische Polizisten nach schweren Krawallen vor der britischen Botschaft in Dublin ins Krankenhaus eingeliefert werden. Etwa 17 000 Anhänger der in Nordirland einsitzenden IRA-Terroristen lieferten sich mit rund 1000 Polizeibeamten eine Straßenschlacht. Nur mit Mühe konnten die Sicherheitskräfte der Republik Irland (Eire) die Erstürmung der britischen Botschaft verhindern. Insgesamt wurden bei den Auseinandersetzungen wenigstens 230 Menschen schwer verletzt.

Die Polizei in Dublin teilte mit, es sei der schwerste Gewaltausbruch in Irland seit 1972 gewesen. Damals war den IRA-Anhängern der Sturm auf die britische Botschaft gelungen. Das Botschaftsgebäude wurde damals nach der Erstürmung niedergebrannt.

Die schweren Auseinandersetzungen hatten diesmal begonnen, nachdem die Anführerin des verbotenen Protestmarsches, Bernadette Devlin-McAliskey, zusammen mit einigen Anhängern mit Erlaubnis der Polizei einen Kranz vor der abgesperrten Botschaft niedergelegt hatte. Daraufhin versuchten mehrere hundert Demonstranten, die Dreierreihen der Polizei zu durchbrechen.

Eine halbe Stunde lang hagelte es Steine und Flaschen auf die Polizisten. Ein hoher Polizeioffizier sagte: „Es war eine Nacht des Terrors."

In Dublin heißt es, die Gewalttätigkeit der Demonstranten sei dadurch geschürt worden, daß am Wochenende ein Versuch des Internationalen Roten Kreuzes (IRK), zwischen der britischen Regierung und den inhaftierten Terroristen zu vermitteln, gescheitert war. Das IRK wollte die Londoner Regierung zu der Notwendigkeit einer Verbesserung der Haftbedingungen im Belfaster Maze-Gefängnis überzeugen. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hatte diese Forderung entschieden abgelehnt und damit die verurteilten Terroristen den Status politischer Häftlinge erhalten würden.

Vor dem IRK waren bereits Papst Johannes Paul II. und die Europäische Menschenrechtskommission mit Vermittlungsversuchen gescheitert. Die IRA-Häftlinge, von denen sich acht gegenwärtig im Hungerstreik befinden, fordern direkte Verhandlungen mit der britischen Regierung.

Seit Beginn des Massen-Hungerstreiks der verurteilten Terroristen sind bislang sechs IRA-Mitglieder gestorben. Zwei der gegenwärtig acht hungernden Terroristen schweben in Lebensgefahr. Es handelt sich um Kieran Doherty und Kevin Lynch. Sie haben bereits die Sterbesakramente erhalten.

Ministerpräsident vor dem Rücktritt

Portugal: Streit um Banken-Privatisierung

Eigener Bericht – SAD – dpa

Lissabon, 20. Juli

Eine harte Konfrontation hat sich am Wochenende zwischen dem „Revolutionsrat" der portugiesischen Streitkräfte, dem höchsten Gremium der portugiesischen Staatsführung unter Vorsitz von Präsident General Eanes, und der Regierung von Ministerpräsident Balsemao angebahnt. Zum viertenmal hat der Revolutionsrat einen Parlamentsbeschluß abgelehnt, der unter anderem die Wiederzulassung privater Banken und eine Liberalisierung der Wirtschaft vorsieht. In Portugal wurden Banken und Versicherungsgesellschaften nach der Revolution verstaatlicht.

Die Verfassung garantiert in ihrer Präambel den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft. Das Verfassungsgericht hatte angesichts des Privatisierungsbeschlusses des Parlaments eine geteilte Meinung vertreten. Fünf Verfassungsrichter sprachen sich für die Zulassung privater Banken, sieben dagegen aus.

Balsemaos „Sozialdemokratische Partei", die stärkste Gruppe innerhalb der Mitte-Rechts-Regierungskoalition, bezeichnete die Ablehnung als „Verfassungsbruch". Der Ministerpräsident berief für morgen eine Sondersitzung des Kabinetts ein. Beobachter schließen nicht aus, daß der 44jährige Verleger und Journalist, der Anfang Januar das Amt des Parteichefs und Regierungschefs als Nachfolger des tödlich verunglückten Francesco Sa Carneiro angetreten hatte, dann seinen Rücktritt anbietet.

Eine Stärkung des privaten Sektors der Wirtschaft stellt einen wesentlichen Teil des Programms der regierenden Dreierkoalition dar, der Portugals Wähler zweimal in 18 Monaten eine klare absolute Mehrheit im Parlament verschaffte. Anschließend des Revolutionsrats hat die portugiesische Wirtschaft tief bestürzt.

Vergeblich beschwor Ministerpräsident Balsemao im Fernsehen die Staatsführung, „in dieser Stunde der wirtschaftlichen Not eine richtige Entscheidung zu treffen". Staatspräsident Eanes und die Offiziere entschieden für jene Parteien, die die Wiederwahl des Präsidenten unterstützt hatten – die Sozialisten und die Kommunisten. Ganz wohl ist den Sozialisten unter Mario Soares dabei nicht. Soares hatte sich mehrfach für die Zulassung privater Banken neben den verstaatlichten eingesetzt – seine Partei will aber insgesamt den Sozialisierungsprozeß festhalten.

Viele Polizisten wurden verletzt

Die Welle der Gewalt schwappt von der britischen Provinz Nordirland (Ulster) in die Republik Irland (Eire) über: Nur mit Mühe konnten die irischen Polizisten gegen die vielen tausend Sympathisanten der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) standhalten. Die Randalierer warfen sogar mit einem Fahrrad. Die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und den Anhängern der IRA-Terroristen in Dublin waren so heftig, daß mehrere Polizeibeamte mit gebrochenen Beinen abtransportiert werden mußten.

Irische Polizisten versuchen die britische Botschaft zu schützen

Szene am Rande: Das Mitglied einer Krankenwagenbesatzung löscht brennendes Auto Fotos: AP/UPI

Palästinenser bedrohen Bundeskanzler Kreisky

Eigener Bericht – dpa

Wien, 20. Juli

Österreichs Bundeskanzler Kreisky (70), der Sozialist, der sich sehr zum Unwillen der Arabischen Liga wieder um Kontakte zur Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO bemüht hat, soll auf der Abschußliste einer radikalen palästinensischen Splittergruppe, die sich „Al Assifa" nennt, stehen. In einem Interview mit dem Wiener Nachrichtenmagazin „Profil" erklärte der österreichische Innenminister Erwin Lanc: „Wir haben glaubhafte, aber nicht beweisbare Informationen, daß sich Mitglieder von ‚Al Assifa' seit dem 18. Juni in Europa, vielleicht schon in Wien aufhalten und hier aktiv werden wollen."

In erster Linie gefährdet sei Kanzler Kreisky. Er werde seither von den Sicherheitskräften des Landes besonders bewacht. Die Organisation „Al Assifa" steht im Verdacht, am 1. Mai den Wiener Stadtrat Heinz Nittel, den Vorsitzenden der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, ermordet zu haben. Geleitet wird „Al Assifa" von dem in Bagdad residenzenden, aus Jaffa gebürtigen „Abu Nidal", der ursprünglich einmal Sabri Khalil Banna hieß. Zusammen mit Yassir Arafat war er einer der Gründer der palästinensischen Guerilla-Gruppe „El Fatah", wurde aber 1974 von einem Revolutionsgericht der Fatah wegen „bewaffneter Meuterei" in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Yassir Arafat ist Abu Nidal viel zu zahm. Nidal rühmt sich der Unterstützung des Bagdader Baath-Regimes.

Rüstungsbeauftragter Eugene Rostow: Amerika ist zu Verhandlungen bereit, aber:

„Zusätzliche Raketen für Europa nötig"

Eigener Bericht – dpa – ap

Bonn/Ottawa, 20. Juli

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat von neuem gefordert, daß Ost und West so schnell wie möglich Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa aufnehmen. Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Ottawa appellierte Schmidt an die USA, „einen Sinn für die Dringlichkeit" solcher Verhandlungen zu entwickeln.

Gleichzeitig äußerte sich der Kanzler zuversichtlich darüber, daß die Gespräche zwischen Washington und Moskau noch in diesem Jahr beginnen. Sie dürften angesichts der schwierigen Materie jedoch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Unterdessen hat der neue amerikanische Rüstungsbeauftragte Eugene Rostow die Verhandlungsbereitschaft der USA bekräftigt. Washington wolle auf jeden Fall noch in diesem Jahr mit Moskau über die Mittelstreckenraketen in Europa verhandeln. Rostow ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß angesichts der sowjetischen Vorrüstung die Stationierung zusätzlicher atomarer Mittelstreckenwaffen des Westens nicht mehr Gegenstand von Abrüstungsverhandlungen sein könne. In einem „Spiegel"-Interview machte der US-Rüstungsbeauftragte klar, daß die Stationierung der „Pershing II" sowie der „Cruise Missiles" in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern nicht Gegenstand von Verhandlungen sein könnten. Rostow: „Dies ist eine Verpflichtung, eine Entscheidung, die von der NATO getroffen wurde. Es wäre das Ende von allem, wenn die NATO Entscheidungen fällt und dann feststellt, daß die Sowjetunion in der Lage ist, ein Veto dagegen einzulegen."

Auf die Frage, ob die neuen Raketen auch dann stationiert würden, wenn der Kreml einen Rückzug seiner SS-20-Raketen anbieten würde, sagte der US-Politiker: „Wir müssen sehen, wie das läuft. Ich möchte keine Gerüchte in die Welt setzen, die die Leute dann unter dem Mikroskop studieren."

„Nicht einen Augenblick" glaubt Rostow an die These, die Sowjets hätten Angst vor einem starken Europa, Amerika, China und Japan, von denen sie eingekreist werden könnten. Vielmehr müsse der Kreml sein Streben nach Vorherrschaft aufgeben. „Außer Frage" steht für den US-Rüstungsbeauftragten, daß die Sowjetunion eine zerfallende Macht sei. Außer im militärischen Bereich sei der Kreml in jeder Hinsicht gescheitert. Durch ihre militärische Stärke und innere Schwäche stelle die UdSSR eine Bedrohung dar.

Ebenso wie Bundeskanzler Schmidt äußerte auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) die grundsätzliche Überzeugung, daß sowohl Washington als auch Moskau bereit seien, bestehende Probleme auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt glaubt weiterhin an die sowjetische Abrüstungsbereitschaft. Brandt bekräftigte am Wochenende seine Auffassung: „Wer Nachrüstung vermeiden will, muß Vorrüstung korrigieren." Brandt bestritt, daß es zwischen Bundeskanzler Schmidt und ihm einen Dissens in der Frage gebe, ob und in welchem Umfang sich die Sowjetunion bei seinen Gesprächen in Moskau in der Abrüstungsfrage bewegt habe. Zwischen ihm und dem Regierungschef, so Brandt, gebe es allerdings eine unterschiedliche Verantwortung. Der SPD-Vorsitzende: „Ich kann nur Eindrücke vermitteln. Das habe ich getan. Damit müssen dann die, die Regierungsverantwortung tragen, machen, was sie glauben, damit machen zu können."

Scharf verwahrt hat sich die CDU/CSU-Opposition gegen Vorwürfe aus der SPD, die Union sei wegen ihres Eintretens für den NATO-Doppelbeschluß eine Partei der Aufrüstung.

Gewerkschaft der Polizei für das CS-Gas

Eigener Bericht – ap – dpa

Bonn, 20. Juli

In der Bundesrepublik geht die Diskussion über die Einführung des umstrittenen Reizgases CS zur Abwehr gewalttätiger Demonstranten weiter. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sprach sich jetzt grundsätzlich für den Einsatz von CS mit der Einschränkung aus, daß dieses Gas nur in verhältnismäßig geringer Konzentration verwendet werde.

Der GdP-Vorsitzende Günther Schröder meinte, damit werde der Polizei ein für ihre Zwecke wirksames Mittel in die Hand gegeben, das nach Ansicht von Wissenschaftlern weniger gesundheitsgefährdend sei als das bisher eingesetzte CN-Gas. Schröder betonte allerdings, seiner Gewerkschaft gehe es weniger darum, für gewalttätige Auseinandersetzungen besser gerüstet zu sein, als um die politische Lösung von Problemen.